

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	16. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	20. Oktober 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

**Punkt 2 der Tagesordnung: Vorhabenbezogener Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan) „Golfanlage Batzenhof“, Karlsruhe-Hohenwettersbach: Satzungsbeschluss
Vorlage: 2015/0569**

Beschluss

1. Der Gemeinderat beschließt, die Anregungen zum Bebauungsplanentwurf unberücksichtigt zu lassen, soweit diesen aus den in der Vorbemerkung und den Anlagen zu dieser Vorlage dargestellten Gründen nicht entsprochen werden kann.
2. Folgende

S a t z u n g

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan
(Vorhaben- und Erschließungsplan)
„Golfanlage Batzenhof“, Karlsruhe-Hohenwettersbach**

Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe hat aufgrund § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414) und § 74 der Landesbauordnung (LBO) in der Fassung vom 05.03.2010 (GBl. S. 357, ber. S. 416) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 581) einschließlich späterer Änderungen und Ergänzungen den vorhabenbezogenen Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan) „Golfanlage Batzenhof“, Karlsruhe-Hohenwettersbach, gemeinsam mit den örtlichen Bauvorschriften jeweils als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan enthält zeichnerische und schriftliche Festsetzungen gemäß §§ 9 und 12 BauGB. Gegenstand des Bebauungsplanes sind zudem örtliche Bauvorschriften gemäß § 74 Abs. 1 bis 5 LBO in Verbindung mit § 74 Abs. 7 LBO, die als selbstständige Satzung mit dem Bebauungsplan verbunden sind. Die Regelungen ergeben sich aus der Planzeichnung mit Zeichenerklärung sowie aus dem Textteil, jeweils vom 07.02.2008 in der Fassung vom 15.09.2015 und sind Bestandteil dieser Satzung. Bestandteil des Bebauungsplanes sind außerdem die

Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB vom 15.09.2015 und alle sonstigen Planunterlagen zur Darstellung und Erläuterung des Vorhabens.

Die Satzungen über die planungsrechtlichen Festsetzungen und die örtlichen Bauvorschriften (Bebauungsplan) treten mit dem Tag der Bekanntmachung in Kraft (§ 10 BauGB, § 74 Abs. 7 LBO).

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf:

Ein schon vielfach vorberatendes und vordiskutiertes Thema. Da gibt es einige Wortmeldungen. - Herr Stadtrat Pfannkuch.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich neige nicht dazu, die Bedeutung von Abstimmungen dieses Hauses zu überhöhen, aber man muss schon sagen, der Golfplatz ist ein außergewöhnliches Verfahren in mehrerlei Hinsicht, vor allem in positiver Sicht. Das will ich mal vorausstellen. 127 Hektar sind natürlich ein Projekt in einer Größenordnung, wie wir es nicht alle Tage verabschieden. Wir behandeln eine wertvolle Natur- und Kulturlandschaft, wir optimieren diese, wie wir meinen. Der Landschaftsgolfplatz stellt aus unserer Sicht eine Bereicherung für die Attraktivität der gesamten Stadt, natürlich auch der Höhenstadtteile, dar. Das hat sich schon im Rahmenplan der Höhenstadtteile herauskristallisiert. Dieser Golfplatz gibt Raum für eine positive Entwicklung - ich will das mal so sagen - des Vorgartens dieser Stadt. Er ist Platz für Erholung und Freizeit und für ein Naturerlebnis. Es ist eine wertvolle Aufwertung eines Gebietes, wenn wir es uns mal genau anschauen, das neben einer sehr viel befahrenen Autobahn auch erhebliche Nachteile hat. Da wird diese Planung einiges aufheben und den schon vorhandenen Erholungscharakter noch verbessern.

Man muss auch vergleichen, was ist bisher? Da haben wir monostrukturierte Landwirtschaft. Das hat zwar im Regelfall sehr imposant ausgesehen, aber die Bewirtschaftung, die Bepflanzung, die Begrünung eines Golfplatzes wird dieses qualitativ bei weitem verbessern. Bei allem hat man auch an viele Schutzgüter gedacht, hier insbesondere auch an den Menschen. Die Erlebbarkeit der beruhigenden Landschaft war eine der wichtigsten Fragen, die dann nachher auch strittig behandelt, aber wie ich meine, sehr konstruktiv gelöst wurde. Es macht natürlich keinen Sinn, wenn unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger dann Straßen erleben, weil sie viel befahren sind, nicht mehr zum spazieren gehen oder Rad fahren einladen. Es war diese Hauptproblematik in der Verkehrsfrage zu lösen. Da haben wir einen guten Kompromiss entwickelt: abwarten, beobachten und reagieren. Es ist mir sehr wichtig für meine Fraktion darauf hinzuweisen, dass diese Fragen in dem Durchführungsvertrag dezidiert geregelt sind, so dass niemand Sorge haben muss, dass das irgendwo einerseits von der Verwaltung übersehen werden könnte oder andererseits vom Investor dann übergangen werden könnte. Es wird sicherlich in der richtigen Art und Weise einer Beobachtung und Prüfung unterzogen werden können.

Zum Schluss möchte ich auf ein zumindest mal bedenklich stimmendes Moment hinweisen. Wir behandeln dieses Thema, ich erinnere auch an meine ersten Ausführungen im Jahr 2007, vor eben acht Jahren, bis der erste Golfball abgeschlagen werden kann, werden 10 Jahre vorbei sein. Bei aller Gründlichkeit der Prüfung, das muss ich der Verwaltung wirklich ins Stammbuch schreiben, hat es nirgendwo gefehlt. Bei aller Gründlichkeit der Prüfung muss man aber trotz allem auch ein wenig mehr an den Investor denken, der das alles erleiden muss im positiven Sinn des Wortes. Er hat durchgehalten. Dafür möchte ich an dieser Stelle auch einmal Dank sagen. Die CDU-Fraktion begleitet dieses Projekt weiterhin mit großem Einvernehmen und Unterstützung. Wir freuen uns auf die hoffentlich positive Beschlussfassung.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich rede in Personalunion als Ortsvorsteherin wie auch als Stadträtin, erspare Ihnen also den zweiten Redebeitrag, der sich ja deckt mit dem, den ich jetzt halte.

Eines der längsten Genehmigungsverfahren in der Geschichte Deutschlands für den Bau eines Golfplatzes neigt sich heute dem Ende zu. Ich rede heute hoffentlich zum letzten Mal in diesem Haus, und ich habe es schon oft getan. Ein 11 Jahre dauerndes Verfahren findet, ich hoffe mit der Zustimmung zum Satzungsbeschluss, heute ein Ende. Mit der heutigen Zustimmung wird die letzte Stufe im Bebauungsplanverfahren Golfplatz Batzenhof Karlsruhe-Hohenwettersbach erklommen. Nachdem das Verfahren aus unterschiedlichen Gründen mehrfach ins Stocken geriet und das dreistrahlige Zufahrtswegekonzept immer wieder kontrovers in den Ortschaftsratsgremien diskutiert wurde, musste im November vergangenen Jahres ein Vermittlungsausschuss eingesetzt werden. Ich halte mich jetzt kurz, denn all das, was ich sagen könnte, was teilweise vom Kollegen Pfannkuch schon erwähnt wurde, kennen Sie aus meinen Redebeiträgen, zuletzt aus dem Jahre 2014. Es hat sich grundlegend nichts geändert, wie groß der Golfplatz wird, dass es ein Landschaftsgolfplatz wird, dass also die Radwege, die Spazierwege, dass das alles für die Bevölkerung erhalten wird. Hinzu kommt noch, dass 50.000 Bäume und Sträucher angebaut würden, ich wiederhole 50.000. Das ist also ein Wort.

Wer in Hohenwettersbach lebt, wie ich schon seit 17 Jahren, der weiß, von was ich rede. Ich darf Gott sei Dank vor der Grünen-Fraktion reden und weiß in etwa, was kommen wird. Ich muss Ihnen also sagen, ich weiß nicht, wie oft Sie in Hohenwettersbach waren, ich weiß auch nicht, wie oft Sie spazieren gegangen sind, schauen Sie sich das an: Monokultur Maisanbau unter Folie, kilometerweit, so weit das Auge reicht, Folie, Flächenversiegelung, Regenwasser, kein Abfluss. Ich weiß nicht, was da wertvoller ist, der Gewinn oder der Erhalt.

Nachdem das Verfahren also aus unterschiedlichen Gründen ins Stocken geraten ist, das kontrovers in den Ortschaftsräten diskutiert wurde, geht es jetzt um das dreistrahlige Zufahrtswegekonzept, das ich sehr gut finde. Es gibt in der Tat keine Stadt, die so ein Wegekonzept zu einem Golfplatz ausweist. Das ist in Karlsruhe einmalig. Das ist aber auch positiv, d. h. der Verkehr verteilt sich auf drei Zufahrtsstraßen. Nachdem keine Einigung in den unterschiedlichen Ortschaftsratsgremien erzielt wurde, wurde der städtische Vermittlungsausschuss unter Leitung des Herrn Oberbürgermeisters eingesetzt. Der Herr Oberbürgermeister hat in diesem Vermittlungsausschuss die Bedenken eines entstehenden und befürchteten Schleichverkehrs ausgeräumt, indem er zugesagt

hat, sollte dieser Fall eintreten, wird die Stadt Maßnahmen ergreifen. Die tatsächliche Verkehrsentwicklung gilt es abzuwarten. Kein Mensch weiß, wie sich das Verkehrsaufkommen entwickeln wird. Zu behaupten, dass die eine oder die andere Straße am stärksten belastet sein wird, ist spekulativ und kann nur vermutet werden. Darauf darf und kann man keine Entscheidungen treffen. Immerhin garantiert uns das dreistreihige Zufahrtssystem eben die Verteilung.

Wie gesagt, die Verkehrsentwicklung bleibt abzuwarten. Es gibt unterschiedliche Zahlen. Ich habe mir mal die Mühe gemacht nach Scheibenhardt runterzufahren und habe an den Wochenenden und auch unter der Woche die Parkplatzsituation dort beobachtet. So toll ist das nicht. Ob Karlsruhe noch einen Golfplatz braucht - darüber will ich auch nicht reden, das wird auch immer von verschiedenen Fraktionen angezweifelt - liegt nicht in meiner Entscheidungsmacht. Das muss also der Investor aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten sehen. Er hat sich mit Sicherheit etwas dabei gedacht. Er sagt ja, Karlsruhe verträgt noch einen Golfplatz, weil die umliegenden Golfplätze - das stimmt in der Tat - überbelegt sind. All die Bedenken, die von Seiten des Bundes für Naturschutz und auch teilweise von den Einwohnern kamen, besonders eben auch von der Grünen-Fraktion, dass also die Waldspazier- und Radwege nicht erhalten bleiben, die Landschaft - ich nenne es jetzt mal so profan - verschandelt wird, wird nicht der Fall sein. Es gibt einen Landschaftsgolfplatz, d. h. er wird sanft modelliert. Die Wege werden erhalten. Es wird also, ich habe sehr viel in dem Verfahren dazu gelernt, die Dicke Trespe - ich zumindest wusste bisher nicht, was die Dicke Trespe ist, es ist kein Vogel, es ist eine Pflanze - geschützt. Es wird also auch das Lerchenfenster versetzt. In einem über 20-seitigen Durchführungsvertrag, ich hatte die Ehre dabei sein zu dürfen, wie der ausgehandelt und verfeinert wurde zwischen der Stadt und dem Vorhabenträger, ist der Vorhabenträger verpflichtet worden, diese Ausgleichsmaßnahmen durchführen, und er steht im Wort.

Mit dem heutigen - wie ich hoffe - positiven Beschluss geht ein langes Verfahren zu Ende, das viel Zeit und Kraft gekostet hat. Das hat mich auch die ganze politische Zeit hier in Karlsruhe, sei es im Ortschaftsrat, im Stadtrat und auch als Ortsvorsteherin, bis heute begleitet. Ich denke, dass es jetzt heute ein Ende hat. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit bei allen betroffenen Ortschaftsratsgremien bedanken, bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, für Ihre im wahrsten Sinne erfolgreiche Vermittlung im Vermittlungsausschuss, beim Vorhabenträger, wie der Kollege Pfannkuch schon gesagt hat, für den langem Atem, das Verfahren durchzuziehen und auch Respekt vor dem Kollegen aus Stupferich, der als Ortschaftsrat und als Stadtrat seine Entscheidung zum Wohle und im gesamtstädtischen Interesse getroffen hat und danach keinen leichten Stand hat. Die Golfanlage Batzenhof Karlsruhe-Hohenwettersbach wird, davon bin ich absolut überzeugt, nicht nur eine Bereicherung im Sport- und Freizeitangebot der Stadt Karlsruhe, es ist eine Sportart, auch wenn das der eine oder andere nicht hören will oder nicht glaubt, aber Golf ist Sport, sondern auch eine Aufwertung der gesamten Bergdörferregion erfahren. Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, um Zustimmung zu diesem Satzungsbeschluss.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Für uns ist zuerst die Frage, was auch Frau Ernemann angesprochen hat, ist so ein Golfplatz notwendig in Karlsruhe? Dabei geht es bei uns nicht um die unternehmerische Entscheidung, ob er sich rechnet oder nicht. Das ist tat-

sächlich die Sache des Unternehmers, aber es ist unsere Entscheidung, ob wir das der Bevölkerung zumuten wollen, es ist ja auch etwas Negatives, und ob man demgegenüber einen Golfplatz so wichtig erachtet, dass er jetzt zusätzlich eingerichtet werden muss. Da meinen wir, es gibt in der Umgebung genügend Golfplätze, die auch nicht dadurch bekannt geworden sind, dass die wegen Überfüllung geschlossen werden mussten. Insofern meinen wir, dass ein Golfplatz nicht notwendig ist. Dann wurde immer betont, es ist ein Landschaftsgolfplatz. Gar keine Frage, der ist besser als ein anderer Golfplatz ohne Landschaft. Es wird mehr getan, es sieht besser aus, es ist für die Natur auch etwas besser, aber eben nur ein bisschen besser. Dem gegenüber steht, dass wertvoller Ackerboden da verbraucht wird und eben nicht mehr der Landwirtschaft zur Verfügung steht. Was der Eigentümer damit macht ist erst einmal Sache desjenigen, der den Boden besitzt, aber ob wir einen Golfplatz zulassen wollen, ist wiederum unsere Entscheidung. Da meinen wir, der Ackerboden ist uns einfach wichtiger. Es wurden die großen Maisfelder angesprochen. Wir könnten uns auch etwas Besseres vorstellen, einen Bioacker, der mit wechselnder Frucht belegt wird oder so etwas. Aber das ist halt nicht in unserer Hand. Dadurch, dass jetzt ein Golfplatz gemacht werden soll, ist es in unserer Hand.

Dann soll ein Teil der Fläche neben diesen Inseln mit den vielen Büschen und Bäumen wirklich kahlgeschoren werden. Das kennen wir ja, ein ganz platter Rasen, der ständig gedüngt, mit Herbiziden besprüht und ständig auch gewässert werden muss, damit er überhaupt durchhält. Natürlich gibt es da auch einige Tier- und Pflanzenarten, die in diesen Inseln dazwischen überleben werden. Es gibt z. B. die Schutzzone für den Neuntöter, für das Braunkehlchen, den Schwarzmilan und den Steinkauz. Die sollen jeweils alle geschützt werden, aber nur in einem ganz eng begrenzten Gebiet, nur eine Art soll da eben hofiert werden. Natur ist etwas anderes, Natur ist Vielfalt, und die kann sich auf so einem Gelände eben nicht entwickeln. Insgesamt sind es 120 Hektar, also eine riesige Fläche. Ein wesentlicher Teil wird eben plattgemacht, modelliert, wie es positiv ausgedrückt ist. Da werden schon auch Geländeänderungen durchgeführt. Dass, was da rausgeholt wird, soll dann als Lärmschutzwall an der Autobahn abgelegt werden. Für so einen Lärmschutzwall - wohlgemerkt nicht Wand sondern Wall, der auch breit ist, da braucht man schon einiges an Material. Daran sieht man, wie viel Boden da jetzt hin und her bewegt werden soll.

Dann wurde viel über die Anfahrt diskutiert. Es sind drei Zufahrten geplant, um den Verkehr zu verteilen. Das zeigt aber auch schon, dass die Planer keine Zufahrt für wirklich gut halten, sonst hätten sie ja gesagt, das ist die Zufahrt, sondern es sind alle drei eigentlich viel zu schmal und müssen verbreitert werden, Ausweichbuchten bekommen und all so was. Insgesamt zeigt das schon die Problematik, dass alle drei Zufahrten aus verschiedenen Gründen eben nur minder geeignet sind. Über welche nachher vor allem die Autos fahren werden, ist tatsächlich nicht vorhersagbar. Das ist auch so ein Problem. Da müssen wir uns überraschen lassen. Klar ist aber auf jeden Fall, dass die da Wohnenden einfach beeinträchtigt werden, z. B. am Thomashäusle. Die haben auch sehr stark protestiert. Das ist eben eine sehr ruhige Wohngegend, die dann vom Autoverkehr wesentlich stärker durchflossen wird, aber auch etliche andere sind da betroffen. Dazu kommt, dass das eine sehr stark genutzte Freizeitregion ist. Die, die da Erholung suchen, haben erst einmal den Vorteil - Herr Pfannkuch, Sie haben es richtig angesprochen -, dass mehr Grün da ist. Auf jeden Fall positiv, unbestreitbar und besser als

ein Maisacker. Ich habe eine Zeitlang am Starnberger See gewohnt, da gleich in der Nähe eines solchen Golfplatzes. Da standen dann eben Schilder: Vorsicht, fliegende Golfbälle, zügig weitergehen. Natürlich gibt es Sicherheitszonen, 40 m sollen das sein zwischen den Bahnen und dem nächsten Weg. Die Golfbälle sind eben für 250 m Flugweite ausgelegt und werden am Anfang mit 100 km/h geschossen, wenn jemand richtig Drive dahinter hat. Das sind also schon Apparate, die da ankommen. Da schwingt einfach unterschwellig auch immer die Befürchtung mit, dass vielleicht doch mal ein Golfball da ankommen könnte, und dem kann man dann nicht ausweichen, wenn er von hinten oder von der Seite kommt.

Beim Verkehr ist auch wichtig, es gibt 160 Stellplätze. Das ist eine ganze Menge. Da ist auch die Gefahr, dass es Durchgangsverkehr geben wird. Deshalb wurde jetzt vorgeschlagen, dass auf dem zentralen Parkplatz entsprechende Schranken aufgebaut werden, damit der Durchgangsverkehr dadurch verhindert wird. Es wäre ja der Gau, wenn da wirklich die Abkürzung auf dem Weg zur Autobahn gemacht würde. Das wäre eben das Minimum, dass das eben wirklich verhindert werden muss. Beim Verkehr haben wir auch noch das Problem, es gibt auch diese Gaststätte. Wie viele da wirklich hinfahren werden, ist völlig unklar. Die Gaststätte ist natürlich daran interessiert, auch bei schlechtem Wetter Besucher zu haben und wird dafür auch einiges tun. Die kommen dann noch einmal zu denen dazu, die zum Golf spielen hinfahren werden.

Vor diesem Hintergrund sehen wir die Belastung der Bevölkerung, der Natur und der Umwelt als unverhältnismäßig hoch an und lehnen deshalb die Vorlage ab.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Die Würfel sind gefallen. Ich kann rechnen, es wird sich heute eine Mehrheit für diesen Golfplatz aussprechen. Im Gegensatz zu Kollegin Ernemann halte ich es für äußerst unwahrscheinlich, dass wir uns heute zum letzten Mal über den Golfplatz unterhalten. Ich sage bloß als Stichwort, wenn der erste Golfball jemandem auf den Kopf fällt oder wenn es halt doch nicht so funktioniert wie gedacht, dann wird sich doch wieder irgendein Thema hier im Gemeinderat finden. Kollege Pfannkuch, Sie sagten, abwarten, beobachten, reagieren. Wozu denn? Wir hätten jetzt schon etwas machen können im Laufe des Vermittlungsverfahrens, das aus meiner Sicht übrigens gescheitert ist, denn eine Mehrheit in Stupferich ist je bekannterweise weiterhin gegen das Erschließungssystem. Wir hätten schon lange sagen können, nur die Gemeinde, die unbedingt den Golfplatz will, das ist nun mal Hohenwettersbach, müssen halt den Verkehr übernehmen. Die anderen bleiben davon verschont. Das hielte ich der Sache angemessen. Jetzt ist es halt so, ausgerechnet der Teilort, nämlich Durlach mit der Siedlung am Thomashof, die mit großer Wahrscheinlichkeit die höchste Belastung haben werden, von denen wird jetzt verlangt, dass sie das akzeptieren.

(Zuruf **Stadträtin Ernemann/SPD**)

Ihr gewinnt doch, deswegen kannst du doch jetzt ganz ruhig bleiben.

Aber ist trotzdem eine Tatsache, dass das Erschließungssystem die Leute verärgert, die nichts davon haben. Die, die es unbedingt haben wollten, haben halt keine Nachteile. Das ist uns z. B. ein Dorn im Auge.

Das nächste ist, wie ich hörte wächst da viel Mais, übrigens bester Mais, Zuckermais. Das ist ein Mais direkt zum Essen, da werden hohe Preise dafür bezahlt, es ist kein Futtermais. Der wird zukünftig durch ein Fairway ersetzt. Das will heißen, ich ersetze Gras durch Gras, ich ersetze Mais - ich habe es gerade mal nachgeschlagen - durch *Fistula rubra*, das ist das Gras, das auf Fairways wächst. Das ist im Grunde genommen so: eine Monokultur wird durch eine andere Monokultur ersetzt, zumindest in weiten Bereichen. Es gibt natürlich, das gebe ich zu, auch Verbesserungsmaßnahmen durch Hecken. Die könnte man übrigens auch zwischen den Maisäckern anlegen und wäre eine Frage, dass man sich mit dem Landwirt einigt, der das bewirtschaftet. Beim Thema Landwirt möchte ich Kollege Honné unterstützen. Wir haben noch nicht so richtig begriffen, das kommt heute noch einmal bei einem Tagesordnungspunkt zum Thema Verlust landwirtschaftlicher Flächen, dass wir in Deutschland landwirtschaftliche Fläche brauchen und in Zukunft brauchen werden. Wenn wir den besten Boden, den es in der ganzen Region gibt, den Boden da oben bei Hohenwetttersbach rund um den Thomashof, der die höchste Bodenbewertung weit und breit hat, wenn wir den hergeben für eine Freizeitnutzung, dann scheint es uns wirklich nicht schlecht zu gehen. Ich sage aber, wir werden das noch bereuen.

Der dritte Punkt, der meine Fraktion zur Ablehnung zwingt, ist das Thema Wasser. So ein Golfplatz lässt sich nur mit Bewässerung erhalten, insbesondere die Grüns sind ja extrem aufwändig. Selbst bis zum Rough wird Wasser gebraucht werden, damit es da oben in dieser Hanglage nicht braun aussieht. Das Gelände da oben ist bekannt wasserarm. Mit dem bisschen, was da zusammenkommt durch irgendwelche Überflutungsmulden oder Einleitungen wird es nicht reichen. Man wird Wasser, und zwar wahrscheinlich aus dem zweiten Grundwasserleiter holen. Das ist aus Sicht meiner Fraktion absolut nicht akzeptabel. Die nächsten Kriege werden ums Wasser geführt werden. Das wissen wir. Deswegen ist es nicht akzeptabel, dass wir Wasser da oben in so einer schwierigen Bewässerungssituation für einen Golfplatz verwenden.

Ich fasse zusammen. In der Gesamtabwägung gesellschaftliche Interessen versus private Interessen kommt meine Fraktion ganz klar zum Schluss: kein Golfplatz. Es gibt andere Golfplätze.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Auch ich möchte eine kleine Abwägung hier vornehmen. Politik ist ja Abwägung. Auf der einen Seite haben wir doch einen Golfplatz für relativ wenige Menschen auf diesem Planeten. Wir haben wenige Leute, die sich das leisten können. In der Tat geht es doch um eine relativ elitäre Geschichte. Ich habe nichts gegen elitäre Leute, aber wir geben hier auch etwas her für diese Bevölkerungsgruppe. Wenige Leute haben etwas davon, doch viele leiden auch darunter. Da möchte ich an der Stelle noch einmal die Verkehrssituation ansprechen. In der Tat wissen wir nicht, was genau passiert. Beobachten und reagieren hört sich alles schön an, aber wir wissen wie träge der Apparat reagiert. Wenn erst einmal etwas eingespart ist, wie schwer das wieder zu verändern ist, wissen wir alle. Deswegen sage ich, ähnlich wie eben Ebi Fischer, wenn Stadtteile wirklich dafür sind, dass dieser Golfplatz gebaut werden soll, dann sollen die auch den Verkehr abwickeln. Es gab wirklich große Widersprüche aus der Bevölkerung. Die sind in diesem Sinne nicht befriedet worden, bis zum Schluss. Aus diesem Grunde, wenn man abwägt, auf der einen Seite haben wenige etwas davon,

auf der anderen Seite viele leiden darunter, können wir nur zu dem Schluss kommen: wir lehnen das Ganze ab.

Stadtrat Wenzel (FW): Erstens. Ich habe in Durlach abgelehnt, auch in der Vergangenheit, weil mir als Durlacher die Zufahrtswege über Thomashof, über die Rittnertstraße, die belastet ist, einfach zu viel sind. Da schließe ich mich klar dem Vorredner an: Wer bestellt, der soll auch bezahlen. Das ist aber nicht der einzige Grund. Ich möchte zusammenfassen. Sollten wir hier in Deutschland in Anbetracht wachsender Bevölkerungszahlen nicht die landwirtschaftliche Produktion und den Erhalt der Naturräume achten, als Grün- und Rückhalteflächen, dann geht es uns nicht nur gut, sondern wir sind unverantwortlich. Ich kann einem Unternehmer nicht vorschreiben, was er auf seinem Gelände macht. Er hat in der Vergangenheit Monokulturen in Mais angelegt, wird jetzt eine Monokultur in Gras anlegen. Er will wirtschaftlich optimal handeln. Das ist seine Sache, aber es ist nicht Sache der Allgemeinheit. Deshalb steht hier die Entscheidung.

Ich schließe mein kurzes Statement mit den Worten aus der Stellungnahme des BUND: Die Planung ist mit erheblichen Eingriffen in die landwirtschaftliche Struktur und in die Funktionalität der Oberfläche verbunden. Oberfläche kann man nur einmal herstellen. Wir wissen es von den tropischen Regenwäldern. Wenn die Oberfläche verschwunden ist, bleibt nicht mehr viel übrig. Das kann ich mit meinem Gewissen nicht verantworten, hier mit ja zu stimmen. Die Grundzüge eines Allgemeininteresses kann ich auch nicht erkennen. Es ist ein Interesse einer kleinen Gruppe, die diesen Sport betreibt, aber kein Allgemeininteresse. Daher auch aus diesem Grund meine Entscheidung, ein klares Nein.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Zu einigen Punkten doch eine kurze Anmerkung. Herr Stadtrat Pfannkuch, Sie haben gesagt, das 10-jährige Leiden und die Ausdauer des Investors. Ich will von Seiten der Verwaltung sagen, das Leiden war ganz unsererseits. Es wäre ein falscher Eindruck, dass dieser lange Zeitraum nötig gewesen wäre, um all die gründlichen Untersuchungen zu machen, zu denen Sie uns ja auch gelobt haben. Das hätte man natürlich in anderen Abstimmungsprozessen auch mit den Interessenten dort sehr viel kürzer haben können. Von daher ist das Leiden ubiquitär an diesen 10 Jahren.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass aus unserer Sicht die Tatsache der drei Zufahrten kein Versagen ist, sondern eine sehr günstige Option, weil es so nämlich möglich ist, von verschiedenen Seiten diesen Golfplatz zu erreichen. Es ist der Tat so - so habe ich es im Vermittlungsausschuss auch versprochen -, wenn sich hier eine Konzentration bei einer dieser Zufahrten ergibt, die dazu führt, dass das nicht mehr tragbar ist oder wenn es zu Schleichwegen kommt, dass wir dann eingreifen. Bei den Schleichwegen habe ich die größte Befürchtung, dass das passieren könnte, wenn überhaupt was passiert. Dann lässt sich das durch eine Schranke ziemlich einfach beheben. Das ist dann kein großer Akt.

Dann möchte ich noch einmal darauf hinweisen, damit da auch in der Öffentlichkeit kein falscher Eindruck entsteht, wir sind nicht die Besitzer des Bodens. Das ist ein ganz gravierendes Thema, denn wenn es ein städtischer Boden wäre, dann könnten wir auch durchaus über andere Formen landwirtschaftlicher Nutzung oder alles Mögliche disku-

tieren. Es ist aber kein städtischer Boden. Von daher geben wir keinen Boden her, sondern wir ermöglichen eine andere Nutzung dieses Bodens, die aus unserer Sicht durchaus landschafts- und naturkonform ist und ja auch den Bedürfnissen der Bevölkerung nachkommt, es weiter als Naherholungsgebiet zu nutzen. Von daher würde ich da jetzt auch keine Gewissensfrage sehen. Wenn es hier Wald wäre, den man abholzen müsste oder sonst etwas, wäre das aus meiner Sicht eine völlig andere Diskussion. So ist es aus unserer Sicht eben nicht. Ich halte die Argumentation für kritisch, das sage ich ganz offen, weil ein Ortsteil dafür war und andere sind dagegen, müssen wir dann an der einen Stelle eine große Zufahrt bauen, die dann sozusagen alles darüber abwickelt. Sollten wir diese Grundeinstellung auf viele andere Investitionsprojekte in der Stadt unterbrechen, dann haben wir immer Nachbarschaften, die dagegen sind. Wollte man es dann über die erschließen, die vielleicht dafür sind, für viele haben wir keine einzige Nachbarschaft, die dafür ist, und machen es trotzdem, kämen wir hier nicht weiter. Ich bitte hier auch ein bisschen die Vergleichbarkeit zu beachten und nicht zu leichtfertig solche Grundpositionen zu beziehen, die man schon an der nächsten Ecke gar nicht durchhalten kann, weil wir uns sonst in der Stadt gar nicht mehr entwickeln könnten. Da bitte ich einfach um ein bisschen Vorsicht.

Die Stärke der Ortsteile und auch der Ortschaftsräte war eben, dass sie die Möglichkeit hatten, über einen Vermittlungsausschuss zu gehen. Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses war sowohl vom Stimmenergebnis als auch von dem, was wir da miteinander besprochen hatten, eindeutig und - wie ich glaube - auch akzeptabel. Von daher ist auch aus meiner Sicht das Vermittlungsverfahren überhaupt nicht gescheitert, sondern es hat ganz regulär stattgefunden, auch wenn vielleicht manche ihre Ziele dort nicht erreicht gesehen haben. Das ist aber eine andere Bewertung, als das für gescheitert zu erklären.

Das noch zu den einzelnen Punkten. Jetzt können wir in die Abstimmung gehen, wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt. Ich bitte um das Kartenzeichen. - 5 Gegenstimmen auf der rechten Seite, auf der linken Seite 12 Gegenstimmen. 17 Gegenstimmen, 1 Enthaltung, der Rest ist die Mehrheit. Ich bitte, es noch einmal auszuzählen, wir wissen ja, wer alles fehlt. Sie werden mir Recht geben, dass das dann eine mehrheitliche Zustimmung ist.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
28. Oktober 2015